



Stadt Bern
«Mitwirkung STEK 2016»
Stadtplanungsamt
Zieglerstrasse 62
Postfach
3001 Bern

Bern, 27. Oktober 2016

Mitwirkung zum Stadtentwicklungskonzept Bern 2016 (STEK)

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an der Mitwirkung zum Stadtentwicklungskonzept Bern 2016 teilnehmen zu können.

Wir bitten Sie um wohlwollende Prüfung unserer Stellungnahme und erwarten, dass unsere Anliegen in den nun folgenden weiteren Planungsschritten aufgenommen werden.

Die SP Stadt Bern orientiert sich in der folgenden Mitwirkungseingabe an der Struktur des Fragebogens zur Mitwirkung.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern

Stefan Jordi
Co-Präsident

Michael Sutter
Parteisekretär

Sozialdemokratische Partei
Stadt Bern

Monbijoustrasse 61
Postfach 1096 · 3000 Bern 23

Telefon 031 370 07 90
Telefax 031 370 07 81

bern@spbe.ch
www.spbern.ch



1. Gesamteindruck

Die Raumplanung hat sich in den letzten 15 Jahren stark verändert. Dies widerspiegelt sich nicht zuletzt im neuen Raumplanungsgesetz, das auf innere Verdichtung setzt. Das vorliegende STEK nimmt die neue Perspektive der Gesellschaft auf. Die Stadt kann mit der vorgesehenen Stossrichtung die Rolle als Verdichtungsraum wahrnehmen und der Zersiedelung und den damit anwachsenden Verkehrsströmen entgegenwirken. Die Ausscheidung zahlreicher «Chantiers» ist ein erfreuliches Novum, das wir neben den Stadterweiterungen ausdrücklich begrüßen. In der Vergangenheit haben sich Verdichtungsprojekte im Bestand teilweise als schwierig und komplex herausgestellt. Verdichtung fand nur schleppend statt, die Wohnungsknappheit ist seit Jahren hoch und die Mietpreise steigen ständig an. Aufgrund dieser Ausgangslage schätzen wir das STEK als wichtiges Instrument ein, um die verschiedenen Anliegen zu koordinieren und die Qualität der Stadt für die Menschen, die in der Stadt leben, arbeiten oder Bern besuchen zu verbessern.

Damit die Ziele erreicht werden können, ist für uns auch der Einsatz der richtigen Instrumente wichtig. Sonst drohen die guten Ansätze in der Umsetzung zu scheitern. Bei diesem Punkt bereiten die im Dokument angesprochenen knappen finanziellen Ressourcen Sorgen. Es wird im STEK konkret erwähnt, dass aufgrund knapper finanzieller und personeller Ressourcen unkonventionelle Lösungsansätze entwickelt werden müssen. Die SP Stadt Bern weist darauf hin, dass die Auslagerung der Planung an Private beim Gaswerk-Areal nicht zielführend war. Beim Stadtplanungsamt müssen genügend finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden, damit die Umsetzung zielorientiert und zügig vorangeht. Nur so ist der demokratische Rückhalt der Bevölkerung gesichert, der für die Umsetzung der einzelnen Projekte massgebend ist.

Ein zentrales Instrument, das in der Vergangenheit zu wenig benutzt wurde, sieht die SP in der aktiven Bodenpolitik. Die SP Stadt Bern fordert, dass dieses Instrument bei blockierten Verdichtungsprojekten angewendet wird und auch bei Stadterweiterungen das Volumen des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik erweitert wird. Häufig scheitern Konzepte wie das STEK nicht an den guten Absichten, sondern am mangelnden Handlungsspielraum. Zusätzliche Liegenschaften im Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik sollten im Sinne der vielfältigen Ziele des STEK verwendet werden. Dies bedeutet konkret, dass auch Wohnraum für geringverdienende Haushalte durch den Fonds entwickelt wird, strategische Liegenschaften zur Belebung der Quartiere gekauft werden und auch Raum für das Kleingewerbe gesichert wird.

Wir erwarten, dass das STEK 2016 nicht toter Buchstabe bleibt. Deshalb ist es für uns zentral, dass die Verbindlichkeit auch der Massnahmenteile erhöht wird. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wie und wann die Massnahmen umgesetzt werden sollen. Dazu gehört explizit auch ein entsprechendes Monitoring.



2. Entwicklungsziele

Die SP Stadt Bern begrüsst ein dynamisches Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum. Ein Bevölkerungswachstum von rund 12 % und ein Beschäftigtenwachstum von 8,5 % innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre erscheint uns aber aufgrund des starken Arbeitsplatzüberhangs und den damit verbundenen Verkehrsströmen als falsch. In absoluten Zahlen würde der Arbeitsplatzüberhang so weiter zunehmen. Wir unterstützen das dynamische Wachstum, fordern hingegen eine stärkere Ausrichtung in Richtung Wohnnutzung. Beim Neubau grosser Büroimmobilien durch den Bund, den Kanton, die Stadt oder nahestehende Betriebe muss die Stadt aktiv prüfen, ob die frei werdenden Liegenschaften gekauft und einer wohn- oder quartierdienlichen Nutzung zugeführt werden. Als konkretes Beispiel in der Vergangenheit dient etwa der Neubau der Post und der alte Hauptsitz, der nun durch Private entwickelt wird. Vorausschauend Thema wird der geplante Neubau von ewb und die damit freiwerdenden Liegenschaften an zentraler Lage.

Wir begrüssen, dass mit dem Chantier «Korridor A6 Süd» ein wichtiges Gebiet im Osten Berns entwickelt werden soll, welches heute stark von der Nationalstrasse zerschnitten und entsprechend in der Entwicklung gebremst wird. Angesichts der sehr unsicheren Realisierungschancen des «Bypass Ost» und des weit in der Zukunft liegenden Realisierungshorizonts dieses Grossprojektes muss die Gebietsentwicklung jedoch zwingend auch losgelöst vom «Bypass Ost» vorangetrieben werden. Dazu sollen Varianten ausgearbeitet werden. Die aktuell vorliegende Fassung des STEK fokussiert zu sehr auf die nicht gesicherte Realisierung des «Bypass Ost».

3. Leitideen

Generell soll sich die Stadt Bern stärker an der Zukunft als an der Vergangenheit orientieren. Bern ist mehr als UNESCO-Weltkulturerbe und soll stärker in den Quartieren leben. Dazu ist der soziale Gedanke zentral. Bern soll nicht nur eine «Stadt für eine vielfältige Bevölkerung» werden, sondern eine «soziale Stadt für eine vielfältige Bevölkerung». In einer sozialen Stadt muss eine aktive Boden- und Wohnpolitik stärker gewichtet werden.



4. Ziele des STEK 2016

Die SP Stadt Bern begrüsst die Stossrichtung mit den drei Zielen «Bern wächst dynamisch», «Bern ist grün & vernetzt» und «Bern lebt in Quartieren». Die Ergänzungen zu den jeweiligen Zielen folgen separiert:

a. Entwicklungsvorstellungen «Bern wächst dynamisch»

Die Stadt Bern zeichnet sich bereits heute als attraktive Wohnstadt aus. Eine grosse Sorge in der Bevölkerung ist hingegen die Wohnungsnot und die anhaltend steigenden Wohnpreise. Die Wohnungssuche stellt heute, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen und Familien mit grösserem Flächenbedürfnis, eine grosse Herausforderung dar. Zudem schmälert die Angst, wegen Sanierungen aus der Stadt verdrängt zu werden, das Sicherheitsempfinden zunehmend. Bern benötigt ein dynamisches Wachstum, um die Problematik der Wohnungsknappheit zu überwinden.

Das Ziel muss sein, die Lebensqualität der Bevölkerung durch bessere Wohnungsverfügbarkeit zu verbessern. Die einfachste Messgrösse ist die Leerstandsquote. Die SP Stadt Bern fordert deswegen, die Entwicklungsziele auf Seite 37 mit diesem Indikator zu ergänzen:

- Der Wohnungsleerstand steigt durch den Bau neuer Wohnungen mittelfristig über die wichtige Quote von einem Prozent an.

Eine dynamische Entwicklung kann auch weitere Probleme lösen. In der Stadt Bern sind zahlreiche Wohnungen als Arbeitsstätten zweckentfremdet. Weitere Nutzungen befinden sich in Gebäuden, die der Nutzung nicht mehr entsprechen. Indem für Unternehmen und Institutionen neue Angebote geschaffen werden, kann viel Potenzial für andere Nutzungen geschaffen werden. Als Beispiele dienen die Verlegung des Post-Hauptsitzes und der Umzug der Feuerwehr. Werden Immobilien durch Verlagerung an neue Standorte frei, soll die Stadt mit dem Kauf der alten Gebäude die Entwicklung der neuen Nutzungen steuern. Akteure wie die Bundesverwaltung, aber auch städtische Unternehmen wie ewb planen aktuell neue Bürogebäude. Die alten Immobilien können wichtige Impulse in der Stadtentwicklung auslösen:

- Neue Arbeitsplatzgebiete spielen wichtige Potenziale für andere Nutzungsarten (Bsp. Wohnen und Kultur) in bestehenden Gebäude frei. Die Stadt prüft jeweils den Kauf der alten Liegenschaften, um den Handlungsspielraum in der Stadtentwicklung zu erweitern.



b. Entwicklungsvorstellungen «Bern ist grün und vernetzt»

Die SP begrüsst das Ziel einer grünen und vernetzten Stadt. Bereits heute ist Bern eine äusserst grüne Stadt, während die Vernetzung zwischen den Quartieren Verbesserungsbedarf hat. Die Aare gliedert natürlicherweise den Stadtraum, hat aber zwischen den Stadtteilen eine gewisse Trennwirkung. Autobahnen, weitere stark befahrene Hauptstrassen und Eisenbahnlinien zerschneiden viele Quartiere sehr stark. Der Weg von einem Quartier in ein anderes verläuft zu oft über die Innenstadt, die verkehrsmässig an die Kapazitätsgrenzen gelangt. Die Entwicklungsziele, wie beispielsweise eine «Stadt der kurzen Wege», begrüssen wir.

Die SP Stadt Bern fordert eine stärkere Vernetzung zwischen den Quartieren. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Verkehrsknotens am Bahnhof, zur Entlastung der Innenstadt, schafft kurze Wege beim öffentlichen Verkehr, bietet die Chance zur Belebung verschiedener Quartiere und passt damit ideal in die vorhandenen Entwicklungsvorstellungen des STEK. Konkret müssen die wichtigen Tangentiallinien im STEK als ÖV-Hauptachsen aufgenommen werden. Zudem fehlt die wichtige Tangentiallinie zwischen Köniz, Mattenhof, Länggasse und Tiefenau, die vom Gemeinderat bei der Regionalkonferenz gefordert wurde. Sie kann einen massgeblichen Beitrag leisten, damit die neuen Wohngebiete – wie beispielsweise das Viererfeld – ideal mit den Arbeitsplatzgebieten beim Inselspital und im Liebefeld angeschlossen werden.

c. Entwicklungsvorstellungen «Bern lebt in Quartieren»

Nutzungskonflikten vorbeugen

Die stärkere Belebung der Berner Quartiere ist ein wichtiges Anliegen der SP Stadt Bern und insbesondere der verschiedenen Sektionen der Partei. Neue Nutzungen bergen immer die Gefahr von Nutzungskonflikten. So können beispielsweise neue Wohnungen bestehendes Gewerbe verdrängen, indem es zu Lärmkonflikten kommt. Oder an wichtigen Quartierlagen entstehen Nutzungen, die den Bedürfnissen der Quartierbevölkerung wenig entsprechen, wie dies mit der geplanten Ansiedlung der Bundesverwaltung am Bahnhof Bümpliz Nord der Fall ist. Zudem bestehen stadtweit Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, indem der Konsumzwang stetig zunimmt. Die SP Stadt Bern fordert mehr Freiräume ohne Konsumzwang. Die SP Stadt Bern sieht die Chantiers als Chance, bestehenden Nutzungskonflikten entgegen zu wirken, indem Räume für Nutzungen entstehen, die aktuell unter grossem Druck stehen.

Wir fordern, den Nutzungen Freizeit (inkl. Freiräume), Kultur und Nachtleben bei der Verdichtung zur Belebung der Quartiere grossen Stellenwert zu geben. Da diese Nutzungen nicht bei jeder Entwicklung gleichermassen wichtig sind, ist es sinnvoll, diese im STEK den Gebieten zuzuordnen. Die SP Stadt Bern sieht beim aktuellen Entwurf insbesondere beim Gaswerkareal Konfliktpotenzial. Das Areal



ist aktuell als Wohnstandort ausgewiesen, enthält heute jedoch wichtige Funktionen in den Bereichen Freizeit, Kultur und Nachtleben. Zudem ist es insbesondere im Sommer ein wichtiger Freiraum der Stadt. Konkret sehen wir die Strategie, das ganze Nachtleben in den Raum Bollwerk zu verschieben als problematisch an. Dort nehmen die Konflikte aufgrund des Nutzungsdruckes tendenziell zu. Bei der weiteren Planung des Gaswerkareals sollen neben dem Wohnen weitere Nutzungen wie Kultur, Nachtleben und Kleingewerbe berücksichtigt werden. Die SP Stadt Bern verlangt dies im STEK anzupassen, damit die Stadt sowohl ruhige als auch belebte Quartiere für verschiedene Nutzergruppen entwickelt.

Quartierentwicklung und Verkehr

Zu viel motorisierter Individualverkehr hat in der Vergangenheit viele Quartiere erstickt. Die Erfahrung zeigt, dass Verkehrsberuhigungsmassnahmen einen wichtigen Einfluss auf die Quartierentwicklung haben können, wie dies beispielsweise die Erfahrungen mit der Mittelstrasse deutlich aufgezeigt haben:

Entlassungen aus dem Basisnetz

Im Vertiefungsbericht Mobilität sind Strassen enthalten, die aus dem Basisnetz zu entlassen sind. Wir unterstützen diese Entlassungen in allen Fällen. Als Beispiel dazu sei die Achse Viktoriastrasse – Viktoriarain erwähnt.

Wir verlangen jedoch, dass diese Entlassungen aus dem Basisnetz in den (verbindlicheren) Hauptbericht zu überführen sind.

Tempo 30 generell – mit Ausnahmemöglichkeiten

Das im Hauptbericht des STEK enthaltene Temporegime für «eine flächendeckende Ausweisung von Tempo 30 und Anwohnerparkierungen in den Quartierzellen der Wohn- und Mischgebiete sowie die Umsetzung von 95 Begegnungszonen ...» begrünnen wir grundsätzlich. Die SP Stadt Bern fordert jedoch, dass Tempo 30 generell für die ganze Stadt gelten soll – mit Ausnahmemöglichkeiten gegen oben beim Basisnetz (bis max. Tempo 50) und gegen unten, etwa bei Begegnungsstrassen.

Quantitative Aussagen zur Parkierung

Das STEK beinhaltet die generelle Vorgabe, dass die Parkiermöglichkeiten zu reduzieren und die Vermietung von Parkplätzen an Pendler einzudämmen sind. Das finden wir richtig. Dieser Grundsatz ist jedoch durch quantitative Zielsetzungen in Bezug auf den anzubietenden Parkraum zu ergänzen.



Parkraumkonzept erarbeiten

Das letzte Parkraumkonzept stammt aus dem Jahr 1983. Das STEK 1995 beinhaltet keine detaillierten Angaben zur Parkierung. Nun wird im Hauptbericht des STEK 2016 lediglich auf «weiterführende Planungen wie Parkierungskonzept, Strassenklassierungen ...» hingewiesen. Es ist unabdingbar, dass im STEK 2016 endlich ein quantitativ unterlegtes Parkraumkonzept zu integrieren ist, in das auch die obige Forderung nach quantitativen Aussagen zum Parkraum eingebaut ist.

Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV)

In Hauptbericht wird verschiedentlich erwähnt, der MIV solle anteilmässig reduziert werden. Das genügt uns nicht: Wir verlangen eine absolute Reduktion des MIV – auch dann, wenn die Anzahl der EinwohnerInnen ansteigt.

Wabenlösungen

Wir kritisieren das Fehlen von Zellen- bzw. Wabenlösungen in der Stadt Bern als mögliche Lösung für die Zukunft. Die zeitliche Reichweite des STEK ist beträchtlich. Deshalb ist es unbegreiflich, dass Wabenlösungen im Entwurf vollständig fehlen.

Der Begriff «Quartierzellen» wird im Bericht zwar verwendet, aber nicht in dem Sinn, wie wir ihn verstehen. Unter Zellen, bzw. Waben verstehen wir Teilquartiere, in welche der MIV vom Basisnetz nur an einer Stelle hineinfahren kann. Die Ausfahrt würde dann an der gleichen Stelle erfolgen. Das grossflächige Queren von Quartieren mit dem Auto wäre dadurch unterbunden und jeglicher Durchgangsverkehr auf diese Art wirksam ausgeschaltet.

Bei Staus auf dem heutigen Basisnetz wird oft argumentiert, diese würden Schleichverkehr in den Quartierstrassen erzeugen. Mit Wabenlösungen, wie wir sie verstehen, wäre diese Problematik ein für alle Mal vom Tisch.

Dazu ist zu erwähnen, dass die Stadt Bern 2001 mit «Läbigi Stadt» eine Vereinbarung abgeschlossen hat, die zumindest Ansätze für die Einführung von Wabenlösungen enthält. Die Bemerkung im Hauptbericht auf S. 36 «Hindernisfreie Verkehrsinfrastruktur» würde sich, was den MIV betrifft, hindernd auf die Einführung von Wabenlösungen auswirken.

Kein Mehrverkehr bei Überbauungen

Neuüberbauungen in den Chantiers sollen in den angrenzenden Wohnquartieren keinen zusätzlichen MIV bewirken. Das heisst, diese Überbauungen sollen insbesondere autofrei, bzw. zumindest autoarm, konzipiert werden.



Weitere Bemerkungen zur Quartierentwicklung

Des Weiteren ist eine gute Quartiersversorgung für die Belebung der Quartiere essentiell. Insbesondere der Schulraum muss bei einer dynamischen Entwicklung mitgedacht, mitgeplant und mitgebaut werden.

Wir beantragen bei der Innenentwicklung (S. 47 und 50) die Erhöhung auf 12 Chantiers. Wir fordern, das Gebiet zwischen Weyermannshaus-, Bahn- und Güterstrasse als 12. Chantier zu definieren.

5. Weitere Bemerkungen

Das STEK enthält noch einzelne Lücken. Das wichtige und emotionale Thema der Hochhäuser wird im STEK nicht behandelt. Die SP Stadt Bern befürwortet einen proaktiven Umgang mit dem Thema. Hochhäuser können markante Akzente in der Wahrnehmung einer Stadt darstellen. An städtebaulich sinnvollen Orten, wie beispielsweise im ESP Ausserholligen können Hochhäuser einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten und die dynamische Entwicklung der Stadt Bern auch symbolisch widerspiegeln.

Ebenfalls fehlen Aussagen zum Umgang mit grossen Infrastrukturen wie beispielsweise Bahndepots oder Werkstätten von BLS und SBB. Das STEK müsste aus Sicht der SP ebenfalls Aussagen enthalten, wie mit solchen Infrastrukturvorhaben seitens der Stadt umgegangen wird und ob und wo sich solche Infrastrukturen auf Stadtgebiet entwickeln können. Dies zeigt gerade die Diskussion um eine BLS-Werkstätte im Gebiet Riedbach oder Chliforst.

Es ist entsprechend elementar, dass der ländliche Westen von Bern im Gebiet Riedbach-Oberbottigen, Niederbottigen und Riedern-Gäbelbachtal in der Planung nicht ausgespart bleibt. Es soll im STEK explizit ausgeführt werden, was in diesem Gebiet als Entwicklung vorgesehen ist. Wenn dieser ländliche Teil mit seinen ländlichen Siedlungen keine Entwicklung erfahren soll, ist dies explizit auszuführen und zu begründen.